



M B I

Rück- und Ausblick von 2013 auf 2014:

Die Welt im Umbruch und das Ruhrgebiet abstiegsgefährdet?

2013, was für ein krisengeschütteltes Jahr! Der arabische Frühling hat sich mit Syrien, Ägypten, Lybien zum Altraum entwickelt, Aufstände u.a. in Brasilien, der Türkei, Thailand, Ukraine, ausländische Kriegseinsätze in Mali, dem Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik, weiter Dauer-Selbstmordattentäter im Irak und in Afghanistan und, und, und ... Dann die Dauer-Eurokrise mit astronomischen Milliardensummen als „Rettungsschirme“, ohne selbst das kleine Griechenland auch nach Jahren stabilisieren zu können, die US-Haushaltsdauerkrise, die schrecklichen Zustände bei den Kleiderfabriken in Bangladesh, die menschenverachtenden Zustände auf der Großbaustelle in Qatar, um in der Wüste eine absurde Fußball-WM in klimatisierten Stadien zu ermöglichen, immer häufigere schwerste tropische Wirbelstürme wie zuletzt auf den Philippinen, Dürren, Überschwemmungen und Hungersnöte biblischer Ausmaße und in Serien uswuf.. Das war fürwahr kein gutes Jahr! Um es mit Prof. Sperlich in seinem Offenen Brief von Mitte Nov. zu sagen: **Denk ich an Deutschland in der Nacht, denk ich an Europa in der Nacht, denk ich an das Weltgeschehen in der Nacht,**

aber auch wenn ich an Mülheim denke, wird für mich die Nacht unruhig und schlaflos.

Sicherlich genauso bedrohlich wie die Euro-, Dollar- und Finanzkrise ist das völlige Zurückdrängen der ökologischen Überlebensfragen, was sich global bei dem erbärmlichen Scheitern nach der Rioplus 20-Konferenz letztes Jahr nun auch der Weltklimakonferenz in Polen zeigte. In Deutschland entstand bei der Umsetzung der Energiewende ein völliges Durcheinander, da die trudelnden Großkonzerne RWE, EON, Vattenfall alles versuchten, die Entwicklung aufzuhalten, weil sie den Zug verpassten.

Ebenso bedrohlich ist der Glaubwürdigkeitsverlust der Demokratie weltweit.

Alles, fast überall, scheint im Fluss, die ganze Welt ist womöglich in einem Umbruch weit größer noch als nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums vor über 20 Jahren.

Nach der größten Finanzkrise der Nachkriegszeit folgten gigantische Verschuldungskrisen fast aller westlichen Industriestaaten. Meldungen über kriminelle Machenschaften u.a. von Großbanken, downrating ganzer Staaten in rascher Folge, zuletzt sogar der Niederlande, verunsichern viele Menschen, die um ihr Erspartes, ihre Arbeitsplätze oder gar ihre Existenz bangen.

Noch ist Deutschland als Ganzes vom wirtschaftlichen Abschwung verschont, doch besonders im kriselnden Ruhrgebiet drohen nicht nur größere Entlassungswellen bei Karstadt, Thyssen-Krupp, RWE, Opel, EON, Hochtief, Evonik, Röhrenwerke usw.. Fast alle Revierstädte sind hoch verschuldet, bereits 20% der Menschen an oder unter der Armutsgrenze und die Armutszuwanderung speziell aus Osteuropa ins Ruhrgebiet hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht.

Auch für Mülheim/Ruhr, die kleine Großstadt im westlichen Revier, hat sich der Himmel in 2013 deutlich verdunkelt, haben sich schwerwiegende Probleme aufgetürmt. Ruhrbania- und Innenstadtkrise, eine misslungene Verkehrsführung, ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion und über allem eine fast hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt durch die viel zu engen Bindungen an das RWE, so dass der schlingernde Konzern für Mülheim mehr noch als bei allen anderen RWE-Städten zum Fluch geworden ist. Drastisch fallende Dividenden für RWE-Aktien reißen große Löcher in die Haushalte von Beteiligungsholding und Stinnes-Stiftung. Die Aktien als größtes Tafelsilber der hyper verschuldeten Stadt Mülheim sind auf absehbare Zeit schwer verkäuflich und vor allem bedeutet die Wertberichtigung der abgestürzten Aktien die bilanzielle Überschuldung der Stadt!

Rückblick auf das Mülmsche Chaosjahr 2013: Trotz aller Hiobsbotschaften weitermachen wie gehabt?

Ist Mülheim noch zu retten?



In Mülheim gab es in 2013 neben dem blamablen Dauerchaos um die ÖPNV-Zukunft Hiobsbotschaften in Serie, insbesondere für Ruhrbania, Innenstadt, Speldorf, und zum Katastrophenhaushalt. Konsequenzen Fehlanzeige und eine schwere Demokratiekrise folgte unaufhaltsam, weil Fehler nicht zugegeben werden sollen!

In Mülheim gehen die Uhren anscheinend anders als im Rest der Republik und selbst des krisengeschüttelten Ruhrgebiets. Es fällt schwer, sich an alle Aufreger, an die vielen Peinlichkeiten oder jedes Drunter&Drüber des Jahres 2013 in der Ruhrbaniastadt auch nur zu erinnern. Die Heimatstadt der NRW-Ministerpräsidentin versank zusehends in einem riesigen Durcheinander, sichtbar und leidvoll erfahrbar für jede/n, der in Mülheim immer noch in die Innenstadt fuhr oder ging. Unkoordiniertes Baustellenchaos, eine misslungene teure "neue" Verkehrsführung, auch nach Jahren Ruinen- und Trümmerlandschaft rund um Ruhrbania (Kaufhof, Stadtbadanbau, Loch der ex-

Bücherei, das versteckte „Schmuckstück“ der Rathausrotunde und, und, und, dafür eine riesige, kontraproduktive Doppelampelkreuzung Aktienstr./Nordbrücke mit meist leerem neuem Parkplatz daneben uswusf.....



WIR SIND MÜLHEIM

Symptomatisch ist auch die neue zentrale ÖPNV-Haltestelle, gefördert durch viele Mio. Landesgelder als "Beschleunigung der Straßenbahnlinie 110": Auf der einen Seite die Kaufhofruine, auf der anderen das leere ex-Woolworth und dahinter das Restrathaus, für schlappe 50 Mio. zur besseren Ruhrbania-Vermarktung aufgehübscht. Eine Haltestelle zwischen Leerständen ist bereits schlimm, doch dann die Linie 110 kurz später stilllegen zu wollen, ist ein starkes Stück aus dem Tollhaus! Dazu ein Haushalt vollends aus den Fugen, und die kurzfristigen Kassenkredite explodierten nur in 2013 erneut auf den Allzeitrekord von mindest. 760 Mio. • Die Milliardenerschallgrenze bei solchen kurzfristigen Kassen- bzw. Überziehungskrediten wird voraussichtlich 2017 überschritten, aber "nur" bei weiter niedrigen Zinsen und Wirtschaftsaufschwung!

Die schöne und reiche Stadt Mülheim ist finanziell an die Wand gefahren und städtebaulich vermurkst! Hätte man nur früher auf die MBI gehört

Im folgenden ausgesuchte Beispiele aus dem Mülmschen Jahr 2013

Beispiel 1: Ruhrbania-Fiasko und kein Ende?

2013 kam es knüppeldick für das „strategische“ Prestigeprojekt Ruhrbania und damit auch für die angeschlagene Mülheimer Innenstadt: Erst wurden im Feb. die Zuschüsse für Ruhrbania-Baulos 3 (Abriss auch noch der Hochstr. Tourainer Ring usw.) zumindest vorerst gestrichen, dann stieß im März der unpassende Klotz auf Baufeld 1 als Anbau an das für 50 Mio. sanierte Restrathaus in all seiner Unpässlichkeit böse auf, dann sprangen Hoffmeister und Heine aus Baufeld 2 (ehemalige Bücherei usw.) ab und kurz später Rosco als Kaufhof-Investor. Und Mitte Mai meldet Heine, Generalunternehmer für den verbliebenen MWB in Baufeld 2, Insolvenz an. Konsequenz aus der Serie von Fehlschlägen? Fehlanzeige! **Der MBI-Antrag auf Schadensbegrenzung durch Verzicht auf weitere Baufelder jenseits der Eisenbahnbrücke und auf Baulos 3 wurde Anfang Juli im Rat eiskalt von der Tagesordnung gestimmt!**



Der MWB verschob den bereits mehrfach verschobenen Baubeginn auf Baufeld 2 nun auf April 2014, also kurz vor den Kommunalwahlen. Dann wird verkündet, dass ja alles voran gehe. Anfang Mai findet dann noch das erste Hafenfest rund um das winzige 4-Mio.-Hafenbecken statt, mit 5-jähriger Verzögerung, doch auch dabei lautet die message kurz vor den Wahlen: „Es geht voran!“ in der Hoffnung, dass die meisten alles aus Jahren Ruhrbania-An- und Verkündungen vergessen haben.

Beispiel 2: Swaps und die Transparenz

Bis zum OVG in Münster musste die WAZ sich das Recht auf Akteneinsicht zu den Millionenverlusten durch Zinswetten erstreiten. Peinlich, doch die MBI-Anträge dazu wurden weg- oder nieder gestimmt!

Beispiel 3: Haushaltslage trost- und hoffnungslos?

Mit der Ablehnung der erhofften über 400 Mio. Euro aus dem sog. „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes NRW (aufgrund der vorher arg geschönten Bilanzen) hätte auch die letzte Hoffnung für „Weitermachen wie gehabt“ bereits Ende Mai 2012 vom Winde verweht worden sein müssen. Doch meilenweit gefehlt! Das statistische Landesamt offenbarte im Herbst 2013, dass Mülheim bereits die 4.-höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz NRW aufweise, höher als Duisburg und viel höher als z.B. Gelsenkirchen oder Bottrop. Im kürzlichen Schuldenreport von Ernst&Young liegt Mülheim nicht zufällig mit einer Schuldensteigerung von 87%(!) nur von 2010 bis 2012 in NRW einsam an der Spitze, weit vor Bonn als zweitem mit 47% Schuldenzuwachs. Doch bisher fiel dem Kämmerer (außer Populismus-Beschimpfung der MBI) nur die litaneimäßige Forderung von Geld durch Land, Bund und EU ein. Die finanzielle Lage der Stadt Mülheim aber ist katastrophal bis dramatisch und vor allem größtenteils selbstgemacht!

Trotz der sehr schwierigen Lage wurde der Kämmerer Anfang Okt. für weitere 8 Jahre wieder gewählt und das, obwohl im

Katastrophen-Etat 2014 keine wirklich zusätzlichen Haushaltssicherungs(HSK)-Maßnahmen auftauchen! **2014 sind Kommunalwahlen und da will man/frau im Rathaus wohl keine Wähler vergraulen. Im Jahr darauf, 2015, sind OB-Wahlen, weil Frau Mühlenfeld nicht auf 1 Jahr OB-Regentschaft verzichten will. Wird dann wieder ein Haushalt aufgestellt ohne wirklich neue HSK-Maßnahmen? Wie dann der ohnehin irrealer Haushaltsausgleich 2021 erreicht werden soll, weiß der Himmel!**



Beispiel 4: Mölmsche Demokratiedefizite und -krisen

Am 25. Mai 2014 finden Europa- und Kommunalwahlen in NRW gleichzeitig statt, zusätzliche **OB-Wahlen** in NRW aber nur, falls der oder die regierende Oberbürgermeister/in freiwillig auf 1 Jahr Amtszeit verzichtet. Für die Mülheimer OB Dagmar Mühlenfeld war das keine Frage: Sie war die Allererste aller sog. Hauptverwaltungsbeamten in NRW, die so etwas für sich kategorisch ausschloss, als die Landesregierung ihrer Mülheimer SPD-Kollegin Kraft dies den OBs Anfang Feb. ans Herz legte, um Kommunal- und OB-Wahlen wieder zusammen zu legen. Um ihr Festhalten am Sitz zu bekräftigen, ließ Frau OB an ihrem neuen Dienstwagen das Kennzeichen „MH-OB 2015“ anbringen. Anders als z.B. in Essen nahm die Mölmsche SPD die Mühlenfeld-Entscheidung klaglos hin und auch in den Medien gab es wenig dazu zu lesen.

Der SPD-Ortsverein Broich nominierte im Dez. den Ratsbewerber für den Nord-Wahlkreis. Mit 33:26 wurde Dieter Wiechering gegen Heino Passmann gewählt. Enttäuschung war dem einem, dem 41-Jährigen, ebenso deutlich anzusehen, wie die Erleichterung dem 71-Jährigen. Für die Entscheidung bedurfte es wohl der OB Mühlenfeld, die überraschend bei der Mitgliederversammlung zugegen war. „Der nächste Rat wird bunt und chaotisch ohne Ende. **Dieter Wiechering ist für mich deshalb als Fraktionsvorsitzender unverzichtbar**“, sagte sie. Auch waren wohl nicht wenige Karteileichen zur Wahl motiviert worden.

Sitzung für Sitzung wurden insbesondere im Rat die **MBI-Anträge meist von der Tagesordnung gestimmt**, ob zu swaps, zum Fallwerk, zu Ruhrbania usw..



Auch die MBI-Anträge zu Straßenbahn- und Busnetz wurden ein ums andere Mal verschoben und nie abgestimmt. **Insgesamt in 2013 ein Abgesang auch auf die formale Demokratie?**

Bürgervorschläge wurden am deutlichsten bei den ÖPNV-Verfahren meist ignoriert. Andere Beteiligungsverfahren wie die aufwendige charrette zu Kaufhof und Innenstadt oder der teure Leitbildprozess versandeten im Endeffekt. **Bürgerbeteiligung als Beschäftigungstherapie?**

Beispiel 5: Hängepartien wie Fallwerk, Flughafen

Die beschämendste Angelegenheit im Mülheim 2013 war die inzwischen 50jährige beschämende Fallwerk-Saga rund um den schrottverarbeitenden Betrieb Jost an der Weseler Str. am Rande der Wohngebiete von Hofacker- und Eltener Straße und im Wasserschutzgebiet. Auch 2013 müssen die gestressten Anwohner feststellen, dass ihre Belastungen durch Lärm, Erschütterungen und vor allem giftige Staubbiederschläge geblieben sind. Die in 2012 versprochene Verlagerung ist erneut in weite Ferne gerückt und die bereits 1992 vom Rat beschlossene Umsiedlung des schrottverarbeitenden Betriebes nicht mehr in Sicht, obwohl die Notwendigkeit auch aus städtebaulichen Gründen u.a. wegen der nahen Fachhochschule im Bau notwendiger wäre denn je. **Der MBI-Antrag zur Bekräftigung des Ratsbeschlusses von 92 wurde im Rat eiskalt von der Tagesordnung gestimmt.** Typisch, denn alle Verantwortlichen in Mülheim drücken sich um das Riesenproblem und verweisen auf den RP als zuständiger Behörde. Vor fast 2 Jahren bereits hat die Firma den Antrag auf Erweiterung gestellt, u.a. Genehmigung der viel größeren Schrottschere, die vor Jahren illegal aufgestellt wurde. Die Bezirksregierung verschiebt das auf MBI-Antrag hin zugesagte öffentliche Verfahren ein ums andere Mal und so geht alles seinen „gewohnten“ jahrzehntelangen Gang, wie einst im „real existierenden“ Sozialismus.



Wie und wann ferner der vor Jahren von allen 3 Eignern Mülheim, Essen und Land NRW beschlossene **Ausstieg aus dem Flughafen Essen/Mülheim** ablaufen soll, steht ähnlich in den Sternen wie die Fallwerksverlagerung. Der Beantwortung wollte die Stadt wieder einmal nicht näherkommen. Ein umfangreiches Ausstiegsgutachten liegt zwar seit gut einem Jahr auf dem Tisch, doch passiert ist nichts. Es gibt nicht unbegründete Vermutungen, dass der Ausstieg von OB und MH-SPD absichtlich verzögert werden soll, um nach den Wahlen vielleicht endlich Mehrheiten für den Ausbau zu haben. Vertan werden so alle Chancen, die eine Nutzung des Areals für die Klima-Expo gehabt hätte oder ggfs. noch hat. Auch viele andere Probleme türmten sich in Mülheim weiter auf, wie die WAZ in ihrem Jahresrückblick am 28.12. treffend beschrieb in dem Artikel „**Flughafen, Straßenbahnzukunft, Kaufhof, Speldorfer Depot und vieles mehr - Mülheims ungelöste Problemfälle**“

Beispiel 6: Die ungebremste Mölmsche Bauwut



Im Gegensatz zu den vielen Hängepartien ließen sich Verwaltung und Rat in 2013 auf keine wirklichen Diskussionen mehr ein, wenn es um Bedienung der Immobilienwirtschaft ging. Der jahrelang sehr umstrittene **B-Plan Tilsiter Str./Oppspring** wurde trotz aller Probleme wie u.a. der neu festgelegten Überschwemmungszone Rumbachtal in 2013 durchgezogen, **Bauwünsche am Auberg** werden mit dem Ausnahmeparagraphen 35 ermöglicht, an der **Otto-Pankok-Str. in Alt-Saarn** mit § 34, Landschaftsschutzgebiete **am Löns-, Aubergs- und Stockweg** werden in Bauland umgewandelt uswuf... Die schöne ehemalige Musikschule am Eingang zur Schleuseninsel wurde abgerissen und wird durch einen häßlichen Klotz ersetzt, die Troostsche Weberei wird als Denkmal nur teilweise erhalten beim Umbau zu Luxuswohnungen, die Zukunft des Denkmals Unternehmervilla Scheffelstr. ist ungewiss uswuf. **Stück für Stück werden Mülheims Schönheiten geopfert!!**

Fazit: Wahlen 2014, doch fast alles ist vorher entschieden

Im Frühjahr 2014 soll mit dem Abriss der Hochstr. Tourainer Ring begonnen werden, am Gesamtkonzept Ruhrbania wird nichts geändert, der Nahverkehrsplan ist beschlossen, obwohl ziemlich perspektivlos, ein Konzept zur Haushaltssanierung ist nicht in Sicht, genausowenig wie eine Kaufhoflösung oder Verbesserungen der missratenen Verkehrsführung. Doch die MST erhält noch schnell vor Wahlkampfbeginn ihr Hotel, das bei 29% Belegung andere wie den Handelshof existenziell bedrohen wird. Der Luxusportplatz in Heißen wird gnadenlos durchgezogen, obwohl auch nach Jahren weder die Finanzierung geklärt, noch ein Ersatz für den Schulsportplatz in Styrum in Sicht ist **Ist Mülheim noch zu retten?**

Einlegeblatt doppelseitig

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Wie bitteschön “verwendet” man einen Jahresfehlbetrag?

Ratssitzung in Mülheim/Ruhr am 18.12.13 mit TOP 8.1 „Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Mülheim an der Ruhr zum 31.12.2012 sowie **Entscheidungen über die Verwendung des Jahresfehlbetrages ...** Klingt einfach nett, wenn auch irgendwie widersinnig, oder? Was kauft man z.B. von einem Haushaltsloch von 82,5 Mio. • aus 2012? Was wäre, wenn der Rat dagegen stimmen würde, das Finanzloch „durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage zu decken“, wie vorgesehen. Käme dann wie in Nideggen der Sparkommissar des Landes und würde ohne den Rat die Haushaltsführung bestimmen? **Doch egal.**

Um die schwer durchschaubare Haushaltslogik etwas zu beleuchten und zur Erklärung, warum die reiche Stadt Mülheim, Heimatstadt der Ministerpräsidentin Kraft, trotz sehr robuster Wirtschaft und stets der niedrigsten Arbeitslosigkeit im Revier mit inzwischen mindestens 1,2 Milliarden Euro Schulden bereits die vierthöchste Pro-Kopf-Verschuldung in NRW nach Oberhausen, Remscheid und Hagen aufweist, mehr als nahezu alle Ruhrgebietsstädte! Im folgenden mehr zu Ursachen der Mölmschen Haushaltskatastrophe und deren regelrechter Explosion seit ca. 2007: Mit der Einführung von NKF (Neues kommunales Finanzmanagement) als Bilanzierungsmethode anstatt der vorherigen Kameralistik erstellte der Mülheimer Kämmerer in 2007 auch eine sog. Eröffnungsbilanz, in der alle, aber wirklich alle Werte der Stadt einfließen sollten. Dabei gab es natürlich für jeden Kämmerer die Möglichkeit, viele Dinge höher oder niedriger zu bewerten. Im Falle von Mülheim war die Bilanzsumme deutlich höher als eigentlich notwendig oder vertretbar. Doch das hatte folgenden „Vorteil“ zumindest aus Sicht der Stadtspitze und ihrer Pläne.

Aus der Eröffnungsbilanz ergab sich auch die Höhe der angeblichen Rücklagen. Diese waren unterteilt in Ausgleichsrücklage (ca. 75 Mio.) und in Allgemeine Rücklage (ca. 768 Mio.). Klingt gut und erinnert Privatmenschen daran, was sie für Notfälle als schnell mobilisierbare Mittel auf der hohen Kante haben als reale Ausgleichsrücklage. Allgemeine Rücklagen würden eher Immobilien, Versicherungen u.ä. darstellen, was halt nicht so schnell mobilisierbar wäre, aber z.B. bei der Bank als Sicherheit angegeben werden kann.

Bei den Kommunen aber ging es nicht darum, ob und wie Rücklagen überhaupt mobilisierbar sind. Dennoch durften sie nach NKF-Einführung neue Schulden einfach mit der Ausgleichsrücklage verrechnen, um für die Finanzaufsicht des RP einen „ausgeglichenen Haushalt“ zu haben, wenn auch nur auf dem Papier. Haushaltssicherungsmaßnahmen und Genehmigung von Investitionsmaßnahmen durch den RP entfielen dann. So konnten dann Frau Mühlenfeld und die Ruhrbania-Mehrheit alle ihre vielen Großprojekte, insbesondere für das Prestigeprojekt Banania ungestört in Auftrag geben, solange diese die fiktive Ausgleichsrücklage von 75 Mio. • nicht überstiegen. Deshalb wählte man zusätzlich Umwegfinanzierungen über PPP oder PPP-ähnliche Konstruktionen u.a. für Medienhaus, Feuerwehr, stadtgeschichtliches Museum, Rathaus, Hafenbecken usw., um zumindest bis zum Wahljahr 2009 einen „ausgeglichenen“ Haushalt zu haben bzw. vorgaukeln zu können.

Das (Rest-)Rathaus z.B. wurde auf die Wohnungsbautochter SWB übertragen, so dass die 50 Mio. für die Sanierung nicht im Haushalt 2009 geführt werden mussten, was die fiktiven „Ausgleichsrücklagen“ bereits überstiegen hätte. 2008 „verbrauchte“ Mülheim ca. 22 Mio. „Rücklage“, für das Wahljahr 2009 waren 45 Mio. geplant, also „ausgeglichener Haushalt“, weil insgesamt noch 53 Mio. in der „Rücklage“. Als bereits Mitte 2009 erkennbar war, dass das Haushaltsloch mind. 70 Mio. betragen würde, taten OB und Kämmerer vor den Wahlen einfach so, als wüssten sie von nichts und Mülheims Haushalt wäre ok, weil ausgeglichen.



b.w.

Real war das Haushaltsloch dann über 80 Mio., doch OB und Parteien waren wiedergewählt und die meisten gewünschten Projekte waren fertiggestellt oder begonnen.

Noch aber wollte man u.a. auch Ruhrbania-Baulos 2 (Abriss overflies und Umbau des Brückenkopfes Nordbrücke), Stadionumbau für den VfB Speldorf und das stadtdgeschichtl. Museum unter Dach und Fach bekommen, ohne dass der RP dazwischen funken könnte. So wurde die Verabschiedung des Haushalts 2010, der nicht mehr genehmigungsfähig sein konnte, bis in den Okt. 2010 verschoben und der RP prüfte erst in 2011, stellte nachträglich Nothaushalt fest und drückte ansonsten die Äuglein zu.

Dann änderte der neue Innenminister die Bestimmungen für genehmigungsfähige Haushalte, so dass die Kommunen nicht mehr in 4, sondern erst in 10 Jahren auf dem Papier einen Haushaltsausgleich vorweisen müssen. **Die Mülheimer Haushalte 2013 und jetzt 2014 tun das auch und gaukeln Haushaltsausgleich vor, obwohl die reale Verschuldung in den letzten Jahren regelrecht explodierte, insbesondere die kurzfristigen Kassenkredite „zur Liquiditätssicherung“, die nur für 2013 in der kleinen Großstadt Mülheim bereits bei mind. 760 Mio. • liegen (2004 waren es 148 Mio., 2002 63 Mio. und in den 90er Jahren bis auf 1 Ausnahme immer 0 DM). Im kürzlichen Schuldenreport von Ernst&Young liegt Mülheim nicht zufällig mit einer Schuldensteigerung von 87%(!) nur von 2010 bis 2012 in NRW einsam an der Spitze, weit vor Bonn mit 47% Schuldenzuwachs (vornehmlich wegen des irrwitzigen World-Trade-Center-Abenteuers dort).**

Fazit:



Bereits 2009 waren in Mülheim die gesamten, ohnehin „nur“ fiktiven 75 Mio. „Ausgleichsrücklage“ aus der Eröffnungsbilanz 2007 gegen Neuschulden „verrechnet“ und seither wurden von der ebenso fiktiven „Allgemeinen Rücklage“ weit über 400 Mio. Euro zum Schön- bzw. Wegrechnen der Neuschulden „in Anspruch genommen“. 2014 sind von den 2007 berechneten 768 Mio. „Allgemeine Rücklage“ nur noch wenig mehr als 300 Mio. in der Bilanz und auf dem Papier. Wenn die allgemeine Rücklage ganz „aufgezehrt“ ist, ist eine Kommune dann auch bilanziell überschuldet, also bankrott.

Wenn nun die eigentlich vorgeschriebene Neubewertung der RWE-Aktien durchgeführt

würde, was in der RWE-Stadt Mülheim bis zu 4 oder gar 500 Mio. • weniger „Eigenkapital“ bedeuten kann, so reicht das auch auf dem Papier eigentlich nur noch für einen Insolvenzantrag! Was das z.B. für Zinsen oder Haushalt wirklich bedeuten wird, weiß keiner. Auch wenn Mülheim anders als Detroit keinen Konkurs direkt anmelden müsste, wird die bilanzielle Überschuldung kaum folgenlos sein.

Soweit zum leicht widersprüchlichen Begriff „Verwendung von Fehlbeträgen“, worüber der Rat „entschieden“ hat. Oder um es mit deutschem Liedgut auszudrücken:

Ein Loch ist im Haushalt, oh Dagmar, ein Loch

Dann stopf es, oh Bonan, mach's zu

Womit denn, oh Dagmar, womit?

Mit neuen Schulden, oh Bonan, was sonst?

Uswusf.....

P.S.: Die einzig wirklich mobilisierbaren Rücklagen der Stadt Mülheim waren und sind die knapp 10 Millionen RWE-Aktien. Durch deren Verkauf hätte man vor Jahren die Schulden tilgen und den Haushalt auch real ausgeglichen machen können. Auch dann hätte das jährliche Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Sanierungsmaßnahmen beseitigt werden müssen, um nicht kurz später in die gleiche Verschuldungsfalle zu geraten.

Doch der Verkauf der RWE-Aktien war und ist in Mülheim ein absolutes Tabu, schließlich hat die OB einen Sitz im erlauchten RWE-Aufsichtsrat!

